

Hauptversammlung am 9. Mai 2019

Gegenanträge

Fristgerecht ist uns wie folgt lautender Gegenantrag zur Hauptversammlung am 9. Mai 2019 eingegangen. Sie können sich diesem Antrag anschließen, indem Sie bei dem entsprechenden Tagesordnungspunkt 3 mit NEIN und damit gegen den Vorschlag der Verwaltung stimmen.

Hannover, 25. April 2019

Gegenantrag des Dachverbands der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre zur Hauptversammlung der Talanx AG am 9. Mai 2019

Zu Tagesordnungspunkt 3: Entlastung der Mitglieder des Vorstands für das Geschäftsjahr 2018

Der Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre beantragt, den Mitgliedern des Vorstands die Entlastung zu verweigern.

Begründung:

Der Vorstand der Talanx AG kommt nicht hinreichend seiner Verantwortung nach, wirksamere Maßnahmen für den Schutz des Klimas und der Achtung der Menschenrechte umzusetzen. Die bisherigen Maßnahmen reichen nicht aus, einen angemessenen Beitrag zum Erreichen der Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens, der UN-Nachhaltigkeitsagenda und des UN Global Compact zu leisten, zu denen sich die Talanx AG bekannt hat.

Kohle-Ausschluss lobenswert, Ausnahmen könnten Klimanutzen aber deutlich schwächen

Vor Ostern hat Talanx die Zeichnungspolitik für Kohlerisiken geändert und angekündigt, grundsätzlich keine Risiken bei neu geplanten Kohlekraftwerken und Minen mehr zu zeichnen. Dies ist ein positiver Schritt. Talanx erlaubt jedoch explizit Ausnahmen für Staaten, in denen der Anteil von Kohle am Energiemix besonders hoch ist und in denen kein ausreichender Zugang zu alternativen Energien besteht. Zwar sollen die Ausnahmen erst nach Prüfung erfolgen dürfen und limitiert sein, sie lassen in ihrer Vagheit jedoch so viel Spielraum für Interpretationen zu, dass viele Ausnahmen denkbar sind. Dabei ist jedes neu gebaute Kohlekraftwerk eine Hypothek für das Klima und muss vermieden werden. Darüber hinaus ist sowohl unklar, was die Zeichnungspolitik für Minderheitstöchter von Talanx bedeutet als auch, ob der Kohleausstieg 2038 nur Kohlekraftwerke und -minen betrifft oder auch die Unternehmen, die solche betreiben. Diese Unklarheiten muss Talanx mit einem präzisen Umsetzungsplan der Zeichnungspolitik beseitigen.

Da Talanx sich explizit auf die Ziele des Pariser Klimaabkommens bezieht, muss der Konzern beginnen, über die Kohle hinaus seinen Ausstieg aus fossilen Energieträgern zu planen, denn die Verbrennung von allen fossilen Energien treibt den Klimawandel vorwärts.

Verstoß gegen menschenrechtliche Sorgfaltspflichten bei der Rückversicherung von Staudämmen

Es ist weiterhin nicht ersichtlich, wie der Vorstand ein an Nachhaltigkeitskriterien und Menschenrechtskonventionen orientiertes ESG-Management umsetzt. Die Talanx AG ist über die Hannover Rück an umstrittenen Großstaudammprojekten beteiligt, welche die Menschenrechte der lokalen Bevölkerung missachten und die Umwelt zerstören.

An dem von Umwelt- und Menschenrechtsgruppen seit langem scharf kritisierten Staudamm Hidroituango, der bei Fertigstellung der größte Kolumbiens werden soll, kam es Ende Mai 2018 zu ersten Komplikationen. Am 28. April fiel der zentrale Umleitungstunnel der Baustelle für den Fluss Cauca aus; nach schweren Regenfällen war er durch Erdrutsche, Bäume und Murenabgänge verstopft worden. Der zweite Umleitungstunnel war zuvor von der Baufirma zubetoniert worden.

Da die Staumauer von Hidroituango schon stand, stieg das Wasser bedrohlich weiter an und flutete erste angrenzende Siedlungen. Am 12. Mai 2018 brach das auch in den Tunneln angestaute Wasser abrupt durch, so dass die anschließende Flutwelle weitere Landfläche flutete, Ortschaften zerstörte, einen Millionenschaden erzeugte und eine großflächige Evakuierung der bedrohten Bevölkerung notwendig machte. Die über 20.000 Betroffenen wurde bis heute nicht angemessen entschädigt.

Die Hannover Rück, Tochtergesellschaft der Talanx AG, ist am den Katastrophenstaudamm Hidroituango als Rückversicherer der Versicherer des Staudamms beteiligt. Talanx beziffert die entstandenen Kosten auf 87,2 Mio. Euro. Damit trägt auch dieser Staudammbruch dazu bei, dass die Großschadenbelastung der Talanx AG 2018 mit 376 Mio. Euro deutlich über dem eingeplanten Budget von 260 Mio. Euro gelegen hat.

Deutsche Menschenrechtsorganisationen und die kolumbianische Organisation „Rios Vivos“ haben seit Jahren vor den Folgen des Großprojekts Hidroituango für Menschen und Umwelt ausdrücklich gewarnt und dabei auch deutsche Firmen und Politik mit Nachdruck aufgefordert, sich nicht an diesem Projekt zu beteiligen.

Stellungnahme der Verwaltung:

Der Gegenantrag ist nach unserer Einschätzung unbegründet. Wir empfehlen daher bei der Abstimmung zu dem Tagesordnungspunkt 3 mit JA und damit für die Entlastung der Mitglieder des Vorstandes für das Geschäftsjahr 2018 zu stimmen. In der Hauptversammlung werden wir, soweit erforderlich, dazu näher Stellung nehmen.

Hannover, 25. April 2019

Der Vorstand